

## Der Abbau in der Weiterbildung geht weiter: Wird die Privatisierung vorbereitet?

Subventionsabbau in der Weiterbildung, ständig steigende Kursgebühren, Lehrpersonen, die einen Teil ihrer Lektionen gratis erteilen müssen, knapp gehaltenes Kursangebot: die BiD unter Regine Aeppli (SP) zieht sich aus dem Service Public zurück und überlässt die Weiterbildung immer mehr den privaten Anbietern. Das neue Einführungsgesetz zum Berufsbildungsgesetz lässt grüssen und die «Interessengemeinschaft der Bildungsorganisationen mit privatrechtlicher Trägerschaft des Kantons Zürich» (IGB) freuts. Sie darf auf zusätzliche Profite hoffen.

Zuerst wollte Frau Aeppli die Subventionen an die kantonale Weiterbildung streichen. Nach Protesten hat sie einen Teil der Streichung zurückgenommen, aber eben nur einen Teil. Wegen der Einführung des Deckungsbeitrages 1 und wegen dem Subventionsabbau ist die Anzahl der Kurse und der KursteilnehmerInnen eingebrochen. Die bereits hohen Kursgebühren werden bald unbezahlbar.

### Letzter Streich:

Lehrpersonen müssen ohne Lohn unterrichten. Was am Bildungszentrum Zürichsee in Horgen, Abt. WB, schon seit längerem praktiziert wird (nach einer einwöchigen Protestaktion des vpod wurde ein Teil der Massnahmen zurückgenommen), ist jetzt auch von der Berufsfachschule Uster, Abt. WB, bekannt geworden: Wenn in einem Englischkurs die Zahl von 10 KursteilnehmerInnen unterschritten wird, muss die Lehrperson entsprechend einen Teil der Semesterlektionen gratis erteilen. Dies, obwohl der Durchschnitt aller Kurse über 10 liegt (Vorgabe der BiD) und obwohl die Schule den Deckungsbeitrag 1 erreicht hat! Solche Gratislektionen wurden auch in Bülach und Rüti verordnet. Der vpod hat beim

Mittelschul- und Berufsbildungsamt protestiert, eine Antwort steht aus. Die Nachfrage nach Kursen ist an diesen Schulen im Übrigen grösser als das Angebot. Halten die Schulen das Angebot absichtlich knapp und wenn ja, weshalb?

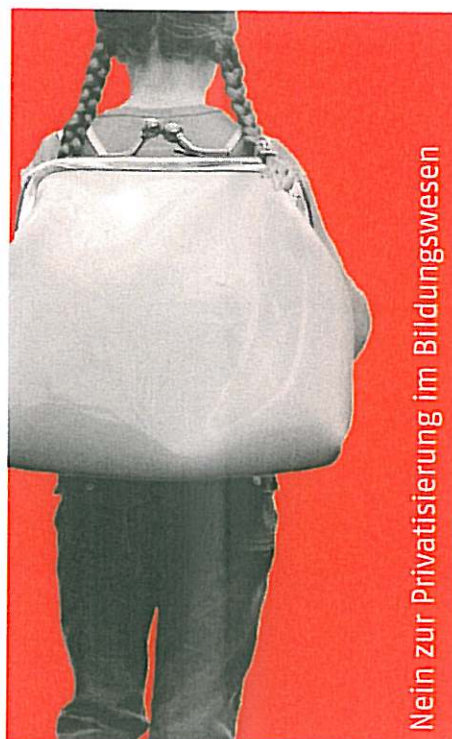


Illustration Sandra Cuppens

Mit solchen Abbaumassnahmen strebt die Bildungsdirektion ungeachtet der sozialen Kosten gleichlange Spiesse mit den privaten Weiterbildungsschulen an.

Lehrerinnen ab Alter 60 werden Stunden weggenommen. An ihrer Stelle werden Junge für kleine Pensen angestellt. Viele ältere KollegInnen erhalten keine neuen Kurse mehr zugeteilt, wenn ein Kurs ausläuft. Bis schliesslich alle Kurse einmal auslaufen ... Alle Alterskategorien erhalten weniger Lektionen als sie wünschen. Bei vielen wird darauf geachtet, dass die jährliche Lohnsumme tiefer ist als der Koordinationslohn der BVK. So spart sich der Kanton die BVK-Prämien ... Neugestellte erhalten praktisch keine Lektionenzusicherung mehr.

Falls du von solchen Massnahmen auch betroffen bist oder davon gehört hast: melde dich beim vpod!

Diskutiere mit deinen KollegInnen über den DB 1, über die Anstellungspraxis an deiner Schule, über die Pensengrössen, über die Kursverwaltung und -zuteilung. Melde deine Beobachtungen dem vpod! So kann es nicht weitergehen!

### Ungenügende Kompetenzen

Gemäss einem Bericht des Bundesamtes für Statistik über die Grundkompetenzen von Erwachsenen verfügen 16% der 16- bis 65-Jährigen (800 000 Menschen) nicht über genügend Lesekompetenz, um einen einfachen Text zu verstehen. 8% (400 000 Menschen) können sich bei der Alltagskommunikation nur ungenügend in der Sprache ausdrücken, die in ihrem Umfeld gesprochen wird. (NZZ 26.7.06)

Niemand darf ernsthaft hoffen, dass sich dies ändert, wenn die Weiterbildung noch mehr den Privatschulen überlassen wird. Im Gegenteil: Die Schere zwischen sehr gut und gut Ausgebildeten und schlecht Ausgebildeten wird sich weiter öffnen. Denn Weiterbildung ist für Private keine öffentliche Dienstleistung an der Bevölkerung sondern ein Business wie jedes andere. Anstatt ihre Weiterbildung auszubauen, subventioniert die Bildungsdirektion bereits heute 30 Privatschulen. Das heisst, sie unterstützt sie bei der Profitmaximierung und verkauft das den StimmbürgerInnen mit dem Argument, der Kanton spare damit bei den Ausgaben. Solche Massnahmen treiben aber die Ausgaben der Sozialhilfe in die Höhe.

Es braucht unseren Einsatz, damit sich die Schere tendenziell wieder schliesst! Auf die PolitikerInnen ist leider kein Verlass.